



# DIE ROTE HILFE

## 4.2022

ZEITUNG DER ROTEN HILFE E.V. | 2 EURO | 48. JAHGANG | C 2778 F | WWW.ROTE-HILFE.DE

S. 09  
REPRESSION

„Super Recogniser“ –  
Erkennen Cops alles  
und jede\*n?

S. 18  
SCHWERPUNKT

Journalismus –  
Meinungsmacht,  
Ökonomie, Illusionen

S. 32

Bundesamt verletzt  
Copyright – Verfassungs-  
schutz abgemahnt

S. 51  
REZENSION

Die Jakarta-Methode –  
Ein mörderisches  
Programm

S. 57  
AUS ROTER VORZEIT

Wuppertal-Kampagne –  
Solidaritätsarbeit  
1935-37

## Medien und Repression



■ Der Rote Hilfe e.V. ist es wichtig, männlich oder binär dominierte gesellschaftliche Verhältnisse in ihren Publikationen nicht sprachlich zu reproduzieren. Deshalb bittet das Redaktionskollektiv der *RHZ* alle Autor\_innen darum, in ihren Beiträgen Gender-Gap oder Gender-Sternchen zu nutzen. Sofern im Heft Beiträge abgedruckt sind, bei denen dies nicht der Fall ist, liegt das in einer ausdrücklichen Entscheidung der Autor\_innen begründet oder daran, dass bspw. ein historischer Text nachgedruckt wird. In beiden Fällen möchte das Redaktionskollektiv nicht durch eigenhändiges Gendern ein Bewusstsein vorspiegeln, das bei den Autor\_innen beim Verfassen des Beitrags – aus welchen Gründen auch immer – tatsächlich nicht vorhanden war.



## WER IST DIE ROTE HILFE?

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z.B. das Eintreten für die Ziele der ArbeiterInnenbewegung, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe den von der Reaktion politisch Verfolgten in allen Ländern der Erde.

*Aus der Satzung*

► **Fingerprint zur Prüfung von PGP-Schlüsseln der Roten Hilfe e.V.:**  
**3217 EC6F AA70 7697 F262**  
**BD69 8B1A 19B5 9042 69F8**

## EDITORIAL

### IN EIGENER SACHE

04 Geld her!

### REPRESSION

07 Ausreise behindert – Friedensdelegation Südkurdistan  
09 „Super Recogniser“ – Erkennen Cops alles und jede\*n?  
11 Hausdurchsuchung – Eine persönliche Erfahrung

### OHNE RUBRIK

13 Große Frauen der Weltgeschichte – Ehre der Genossin Ensslin

### REPRESSION INTERNATIONAL

15 Kriegsgegner in der Ukraine – Der Journalist Ruslan Kozaba

### SCHWERPUNKT

18 Journalismus – Meinungsmacht, Ökonomie, Illusionen  
20 Wessen Presse? Wessen Freiheit?  
22 „Shooting back“ – Eine fotografische Antwort  
25 „denn in der radi ist das möglich“  
28 Solidarität mit radikal – Rote-Hilfe-Zeitung 3/95  
30 Repression gegen die radikal – Eine Chronologie  
32 Bundesamt verletzt Copyright – Verfassungsschutz abgemahnt  
34 Türkei: Geleceğimiz geçmişimizde gizli  
37 Kontrolle auf allen Ebenen  
39 Gefährlicher Beruf  
41 Wieder einmal: PKK-Vorwurf

### AZADI

44 Azadi – Informationen des Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden

### HISTORISCHES

48 Juli 1972 – Stadtguerilla und Solidarität

### REZENSION

51 Die Jakarta-Methode – Ein mörderisches Programm  
55 Reisende der Weltrevolution

### AUS ROTER VORZEIT

57 Die Wuppertal-Kampagne – Solidaritätsarbeit 1935-37



# „Die Wuppertal-Kampagne wurde übergeleitet auf die darauffolgenden großen Prozesse“

## Die Solidaritätsarbeit zu den Wuppertaler Gewerkschaftsprozessen 1935–1937

Silke Makowski (Hans-Litten-Archiv)

**Zu den beeindruckendsten antifaschistischen Solidaritätskampagnen, die die Rote Hilfe Deutschlands (RHD) Mitte der 1930er-Jahre initiierte, gehören die vielfältigen Aktivitäten zur Unterstützung der Angeklagten in den Wuppertaler Gewerkschaftsprozessen. Indem vor allem in den Niederlanden eine starke Bewegung um das Wuppertal-Komitee aufgebaut wurde, erhielten die illegalen RHD-Gruppen der Region tatkräftige internationale Hilfe.**

■ Das „rote Wuppertal“ war schon in der Weimarer Republik für seine kämpferische kommunistisch geprägte ArbeiterInnenbewegung bekannt. Im Rahmen des „antifaschistischen Massenselbstschutzes“ verteidigten AnhängerInnen verschiedener Parteien und Strömungen gemeinsam ihre Stadtviertel gegen die Überfälle der SA, und bei Erwerbslosenprotesten und Arbeitskämpfen, in denen die kommunistische Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) eine wichtige Rolle spielte, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Angesichts der massiven staatlichen Repression musste die Wuppertaler Ortsgruppe der Roten Hilfe, die im August 1931 neben 2.170 Individual-<sup>1</sup> noch zahlreiche Kollektivmitglieder umfasste, umfangreiche Unterstützungsarbeit leisten. Die Wut der

<sup>1</sup> vgl. Stracke S. 45

Bevölkerung über die Justiz, die auf dem rechten Auge blind war, Linke hingegen scharf verfolgte, entlud sich mehrfach in teils bewaffneten Protesten gegen die staatlichen Organe.

Die quasi-militärische Verteidigung der „roten“ Stadtteile gegen SA und Polizei dauerte sogar noch nach der Machtübergabe an die Nazis an, doch der NS-Terror zerschlug weite Teile des Widerstands durch die Massenverhaftungen ab Ende Februar 1933. Die besonders brutalen Folterungen im örtlichen Konzentrationslager Kemna wurden von der illegalen KPD und der Roten Hilfe auf Flugblättern angeprangert, beispielsweise die tödlichen Misshandlungen des KPD-Funktionärs Otto Böhne: „Mithilfe von Kinderdruckkästen fertigten die Genossen kleine Handzettel an, die im Stadtteil 6, dem Wohngebiet der Familie Böhne, in die Arbeiterwohnungen gebracht wurden. Jeder sollte von dem feigen Mord an Otto erfahren“ (Quast S. 38). Gemeinsam mit befreundeten Strukturen versuchte die geschwächte RHD, finanzielle Unterstützung für die Angehörigen der Verhafteten zu leisten. Allerdings konnte die Ortsgruppe nur mit wenig organisatorischem Beistand von außen rechnen, weil die Düsseldorfer Bezirksleitung monatelang wenig handlungsfähig war und der illegale Berliner RHD-Zentralvorstand erst 1934 wieder Kontakte in die Region aufbauen konnte.

Indem sich die Solidaritätsarbeit vielfach in Form von lokaler Direkthilfe abspielte, war sie gegenüber staatlichen Angriffen besser geschützt als die offener agierende KPD. So gab es 1933 nur einen

Prozess gegen die RHD mit zwölf Verurteilungen, und in den beiden Folgejahren blieb es bei drei kleineren Rote-Hilfe-Verfahren mit insgesamt vier Betroffenen.<sup>2</sup> In anderen Verfahren wurden zwar ebenfalls RHD-AktivistInnen belangt, doch standen andere Vorwürfe im Vordergrund, vor allem die Mitarbeit in der KPD.

Der Sommer 1934 brachte einen Wendepunkt für den Widerstand in Wuppertal, als sich die KPD in der Gewerkschaftsfrage neu orientierte. Anstelle der RGO sollten die verbotenen Freien Gewerkschaften wieder aufgebaut werden, was die Einbindung verschiedener Spektren ermöglichte. Die entstehende Organisation, die im Raum Wuppertal-Velbert mindestens 48 Betriebsgruppen umfasste,<sup>3</sup> war zwar von kommunistischem Einfluss geprägt, doch waren SozialdemokratInnen, Parteilose, christliche GewerkschafterInnen und AnarchosyndikalistInnen in der Mitgliedschaft und in den Leitungen stark vertreten. Weil sich die Arbeitsbedingungen verschlechtert hatten, erhielten die Zellen regen Zulauf, und durch Bummelstreiks und andere Proteste wurden minimale Verbesserungen erkämpft.

Parallel zum Betriebswiderstand wurde auch die Rote Hilfe gestärkt, und neben Beiträgen und Spenden aus dem engeren Umfeld bekam sie finanzielle Zuschüsse von Gewerbetreibenden. Die Situation der politischen Gefangenen wurde in den illegalen Betriebszeitungen und auf Flugblättern thematisiert. Dass die RHD eng mit den Gewerkschaftsgruppen verbunden war, zeigen die späteren

<sup>2</sup> vgl. Albel S. 20

<sup>3</sup> vgl. Stracke S. 142



Prozesse, in denen die Solidaritätsorganisation zumindest am Rand auftaucht. Im Urteil gegen Emil Löhde u. a. ging das Gericht von einer dreigliedrigen kommunistischen Widerstandsorganisation aus, die aus KPD, RHD und Gewerkschaft bestanden habe.<sup>4</sup>

Ab Herbst 1934 hatte die Gestapo verschärft ermittelt, und am 17. Januar 1935 begannen die Massenverhaftungen, als ein Spitzel das Treffen der Funktionäre Wilhelm Reeks, Willy Muth und Otto Heyler verriet. Nach diesem Schlag waren andere WiderstandskämpferInnen gewarnt, trafen minimale Schutzvorkehrungen und tauchten teilweise unter. So floh die RGO- und RHD-Aktivistin Cläre Muth, die Ehefrau des verhafteten Willy Muth, über die niederländische Grenze und erfuhr erst dort von der Ermordung ihres Mannes durch die Gestapo.

Innerhalb kurzer Zeit erfasste die NS-Terrorwelle die ganze Stadt, wobei sich der genaue Umfang schwer beziffern lässt: 1.144 Betroffene sind namentlich bekannt, doch NS-Unterlagen sprechen von bis zu 1.900 Verhaftungen. Durch Spitzelangaben und erfolgte Aussagen wurde in den Jahren 1935/36 fast die gesamte Organisation zerschlagen. Ab November 1935 wurden 849 AktivistInnen angeklagt, wobei bei einigen Massenprozessen jeweils rund hundert Menschen zugleich vor Gericht standen.<sup>5</sup>

Bald hatte die Stimmung in der regionalen RHD einen Tiefststand erreicht, wie ein Brief an die RHD-Reichsleitung im Mai 1935 schilderte: „Während die Organisation nach den ersten Verhaftungen in Wuppertal noch mit Gegenmassnahmen antwortete (Herausgabe eines Flugblattes usw.), bemächtigte sich später bei dem immer stärkeren Umsichgreifen der Verhaftungen der Genossen eine gewisse Depression, die in Wuppertal teilweise Panikstimmung wurde“ (SAPMO RY1/14/4/27 Bl. 145).

Angesichts der Brutalität der Folterverhöre, in denen 17 Menschen während der Voruntersuchungen ermordet wurden, und des Ausmaßes der Verfolgung beschloss die Exilleitung der Roten Hilfe Deutschlands im Herbst 1935, eine breit angelegte Solidaritätskampagne zu initiieren. Bei einem Vorbereitungstreffen in Amsterdam kamen ein Mitglied der RHD-Exilleitung und die WuppertalerIn-

nen Fritz Rüddenklau und Cläre Muth zusammen, um die notwendigen Aufgaben zu verteilen: Muth warb in sympathisierenden niederländischen Organisationen um Unterstützung und gewann zahlreiche Prominente aus der Friedens- und Frauenbewegung sowie aus antifaschistischen Kreisen. Später sollte sie auch für die Solidaritätskomitees in Frankreich und England eine bedeutende Rolle spielen.

Rüddenklau organisierte in Wuppertal bei Emma Bruckner und Else Was-muth neue Anlaufstellen für KurierInnen und für antifaschistische Literatur, darunter für die RHD-Zeitung *Tribunal*. Mit dem KPD-Unterbezirksleiter Walter Sander gewann er einen engagierten Ansprechpartner vor Ort, der die ebenfalls schwer getroffene Rote Hilfe wieder festigte. Sander reiste zusammen mit den KPD-Funktionären August Obermeier und Hermann Rodewig an Weihnachten 1935 nach Haarlem (Niederlande), wo sie mit dem RHD-Leiter Philipp Daub die weitere Planung besprachen.

Zur Unterstützung der Kampagne sammelten die Wuppertaler SolidaritätsaktivistInnen bei den betroffenen Familien systematisch Details zu den Verhafteten und den bevorstehenden Prozessen. Diese Unterlagen, die die Rote Helferin Elise Kuhbier über die Grenze schmuggelte, dienten unter anderem als Grundlage für den RHD-Sonderpressediens vom 30. November 1935, der die Ereignisse erstmals detailliert zusammenfasste und von linken (Exil-)Zeitungen international aufgegriffen wurde. Parallel schlossen sich im Dezember 1935 rund 60 niederländische Prominente zum „Centraal Comité Wuppertal Proces“ (Wuppertal-Komitee) unter dem Vorsitz von Selma Meijer zusammen und begannen mit intensiver Öffentlichkeitsarbeit, die weit in liberale bürgerliche Kreise im In- und Ausland hineinwirkte.

Nur die niederländischen VertreterInnen des Komitees, das in regem Austausch mit der Exil-RHD stand, traten nach außen in Erscheinung. Die EmigrantInnen wirkten engagiert mit, blieben aber bewusst im Hintergrund, mit Ausnahme von Cläre Muth, die als Witwe des ermordeten Willy Muth auf Versammlungen sprach und dank ihrer Niederländischkenntnisse die Bündnisarbeit vorantrieb.

Zu den wichtigsten Publikationen des Wuppertal-Komitees zählen neben

Presseerklärungen, Broschüren und Flugblättern die neun Bulletins, die in mehrere Sprachen übersetzt und sogar von der außereuropäischen Presse aufgegriffen wurden. Petitionen und Protestbriefe überschwemmten die deutschen Behörden, und die von der Roten Hilfe initiierten persönlichen Schreiben an den Gestapobeamten Eugen Pedrotti, der für seine brutalen Folterverhöre berüchtigt war, sorgten im NS-Apparat für Furore. Die wohl aufsehenerregendste Aktion war eine perfekt gelungene Fälschung des Wuppertaler *General-Anzeigers*, die die Prozesse und Folterungen schilderte und in hoher Auflage nach Deutschland geschmuggelt wurde. Daneben erschienen zahlreiche RHD-Veröffentlichungen zum Thema, und das *Tribunal*, das auch illegal im Reichsgebiet kursierte, druckte regelmäßig Berichte ab.

Großen Druck erzeugten die internationalen Delegationen, die ab Anfang Januar 1936 ohne Vorankündigung zu den Prozessterminen eintrafen. Außer niederländischen Gruppen reisten auch UnterstützerInnen aus Frankreich an, wo sich ebenfalls eine starke Solidaritätsbewegung entwickelt hatte. Die NS-Organe waren zunächst überfordert, verweigerten den Prozessdelegationen aber durchgehend den Zutritt zum Gerichtssaal, bedrohten sie mit Ausweisung und nahmen einige Beteiligte auch kurzzeitig fest. Dennoch stellten diese internationalen Solidaritätsbekundungen eine enorme moralische Unterstützung für die Angeklagten und den lokalen Widerstand dar und brachten die Gestapo politisch in Bedrängnis.

Die im Untergrund arbeitenden RHD-Gruppen in Wuppertal bemühten sich durch Geld- und Lebensmittelsammlungen, die materielle Not der Verfolgten zu lindern. Unmittelbare Hilfe erfuhren sie durch die Spendenkampagne des Wuppertal-Komitees, das in den Niederlanden rund 12.000 Reichsmark sammelte, sodass KurierInnen wie Elise und Willi Kuhbier und Berta Keseberg heimlich hohe Beträge ins Land bringen konnten. Ernst und Katharina Seidel aus Barmen und Amanda Ahrweiler aus Elberfeld standen an der Spitze von zwei Verteilungsnetzwerken, die das Geld an die Angehörigen der Verhafteten ihrer Stadtteile weiterleiteten. Nach den unter Folter entstandenen und entsprechend fragwürdigen Aussagen von Willi Kuhbier „wurden in

4 vgl. Stracke S. 239f

5 vgl. Stracke S. 229



Elberfeld 30 und in Barmen 40 Familien von der Roten Hilfe unterstützt“ (Stracke S. 290), und für andere Viertel sind vergleichbare RHD-Strukturen anzunehmen. Im persönlichen Kontakt mit den Familien konnten die AktivistInnen zudem Informationen über die Gefangenen, die Anklagepunkte und Folterverhöre sammeln und in die Niederlande weitergeben.

Ab Sommer 1936 wurde die Rote Hilfe hart getroffen: Bei den Ermittlungen gegen die illegale KPD waren der Gestapo die Literatur-Anlaufstellen bei Emma Bruckner und Else Wasmuth bekannt geworden, die auch für die RHD von Bedeutung waren, und mit Walter Sander und August Obermeier gerieten zwei weitere aktive Rote Helfer ins Visier. Am 8. Juni 1936 wurden diese vier AntifaschistInnen beim Auftakt einer neuen Großverhaftungswelle festgenommen, die bis Jahresende 153 Menschen erfassen sollte. Als die Gestapo Ernst und Katharina Seidel sowie die Kurierin Berta Keseberg abholte, wurde die RHD-Solidaritätsgruppe in Barmen größtenteils zerschlagen. Die Beteiligten im Nachbarstadtteil entgingen hingegen dem Zugriff, „weil die für Elberfeld zuständige Verteilerin Amanda Ahrweiler rechtzeitig in die Niederlande flüchten konnte“ (Stracke S. 290).

Im „Rote-Hilfe-Prozess“ gegen Emma Bruckner u. a. wurden 74 AktivistInnen der RHD und der KPD zu Haftstrafen verurteilt. Das Oberlandesgericht Hamm verhängte am 6. März 1937 hohe Zuchthausstrafen gegen die führend beteiligten Roten HelferInnen, darunter sechs Jahre gegen Ernst Seidel und zweieinhalb Jahre gegen Katharina Seidel. Besonders hart verfolgt wurden die RHD-KurierInnen in die Niederlande, indem Willi Kuhberg zehn, Elise Kuhberg sechs und Berta Keseberg fünf Jahre Zuchthaus erhielten. Walter Sander wurde in einem gesonderten Prozess zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt; August Obermeier war bereits in der Voruntersuchung von der Gestapo ermordet worden.

Mit diesem Schlag hatten die NS-Behörden sowohl die Verbindungen in die Niederlande als auch die lokalen Solidaritätsstrukturen nachhaltig geschwächt, wie der RHD-Zentralvorstand in seinem Bericht über die zweite Jahreshälfte 1936 festhielt: „Die durch die vielen Verluste in diesem Gebiet entstandenen Luecken, die besonders in Wuppertal durch die Massenverhaftungen in den

Monaten August/September 36 geschlagen wurden, sind noch nicht ausgefüllt“ (SAPMO RY1/14/4/27 Bl. 247). Trotzdem verteilten demnach weiterhin illegale RHD-Gruppen die gesammelten Hilfgelder an die Familien der Gefangenen, und es gab viel praktische Solidarität aus der Bevölkerung, die die Betroffenen aus ihrem Umfeld mit Lebensmitteln unterstützte oder sich an Spendenkreisen beteiligte. Daneben schlossen sich die Ehefrauen der Verhafteten zusammen, führten kollektive Besuche in den Gefängnissen durch und halfen einander bei den Repressalien der Nazis, die von Zwangsarbeitsverschickung der Frauen und Einweisung der Kinder in NS-Erziehungseinrichtungen bis hin zu erzwungenen Scheidungen reichten.

Während also die Solidaritätsarbeit in der Region weiterging, hatte sich die internationale Aufmerksamkeit neuen Themen zugewandt: Auch das Wuppertal-Komitee weitete seine Tätigkeit zunächst auf andere Prozesse oder bekannte Gefangene wie Carl von Ossietzky und Etkar André aus, bis es sich im Frühjahr 1937 auflöste.

Der RHD-Zentralvorstand zog Anfang 1937 eine positive Bilanz der internationalen Aktivitäten gegen den NS-Terror in Wuppertal und betonte ihren Vorbildcharakter: „Mit der grossen Kampagne zum Wuppertaler Gewerkschaftsprozess setzte der Uebergang zu einer systematischeren Vorbereitung von Anti-Terror-Kampagnen ein (...). Diese Kampagne wurde uebergeleitet auf die darauffolgenden grossen Prozesse (...), die ihre Fortsetzung fanden in der grossen André-Kampagne, die ein gewisser Höhepunkt war“ (SAPMO RY1/14/4/27 Bl. 214).

#### Verwendete Quellen

- Ursula Albel/Christian Schott. Verfolgt, Angeklagt, Verurteilt. Politischer Widerstand und oppositionelles Verhalten in Wuppertal 1933 – 1945. Bocholt: Achterland Verlagscompagnie 2001. ISBN 3-933377-54-4.
- Cläre Quast. „Wie die Partei in Wuppertal den antifaschistischen Kampf organisierte“, in: Heinz Voßke (Hg.), Im Kampf bewährt; Berlin: Dietz Verlag 1977, S. 33-57.
- Stephan Stracke, Die Wuppertaler Gewerkschaftsprozesse, Bremen/Wuppertal: De Noantri 2012. ISBN 978-3-943643-00-8. ❖

# CILIP

## Bürgerrechte & Polizei

Seit 1978 Berichte, Analysen, Nachrichten über Polizei, Geheimdienste, Politik „Innerer Sicherheit“, BürgerInnenrechte



Aktuelle Ausgabe  
Nr. 129 (August 2022)

### Mythos Clankriminalität

Im Schwerpunkt:

Ethnisierung von Kriminalität · „Clankriminalität“ und Behörden · Antiziganistische Traditionslinien · Lagebilder der „Clankriminalität“ · Strafverfolgung und „Clankriminalität“ · Rassistische Razzien in Neukölln · Clankriminalität und Migrationsrecht

Einzelheft 10,- EUR

Abonnement (3 Hefte):

25,- EUR für Personen,

36,- EUR für Institutionen .

Alle Preise inkl. Porto im

Inland, Ausland 3,70,- EUR

Bestellungen an:

Bürgerrechte & Polizei/CILIP c/o

Juristische Fakultät · Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin · vertrieb@cilip.de

Hefte und Blog: [www.cilip.de](http://www.cilip.de)